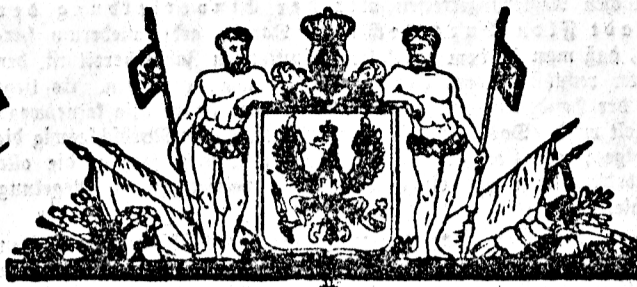


Wolffsche



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. f. d. Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf Galler in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Eine neue Wandlung in Ungarn.

Ungarns rumänische Gefahr.

Rumänische Truppen in Budapest Vorortkasernen
kl Wien, 4. August.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

Die Entente will 5000 Mann nach Budapest entsenden. So endet sie genau damit, womit sie nicht hatte anfangen wollen, als Graf Michael Karolyi händeringend von dem damaligen militärischen Vertreter der Entente die freilich nur mündlich versprochene Sendung von 5000 Mann forderte. Um einen Schutz gegen den Kommunismus zu haben, wurden gerade aus Furcht vor der „roten“ Ansteckung die französischen Soldaten ferngehalten. Jetzt werden die Ententemächte die 5000 Mann zusammenstellen, weil sie nicht wissen, wie sie sonst wieder die Rumänen aus der Umgebung Budapests entfernen können. Das rumänische Oberkommando hat sich, wie schon berichtet, an den durch Oberleutnant Romanelli übermittelten Befehl, den Vormarsch einzustellen, nicht gehalten. Schon am Sonnabend herrschte in Budapest große Aufregung, weil es hieß, der rumänische Angriff würde nicht bevor. Noch einmal ging eine nationalistische Woge durch das magyarische Volk, das alles lieber erduldet als diese rumänische Besetzung, und das Bela Kun so vieles verzicht, weil seine roten Truppen den Feind fernzuhalten vermochten.

In der früheren königlichen Sommerfrische Öbbsölz, einen Tagesmarsch von Budapest, waren tatsächlich am Sonnabend die Rumänen eingetroffen. Ihre Vorhut stand nur noch 20 Kilometer von Budapest. Da begab sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Oberleutnant Romanelli nach Öbbsölz, um eine in schärferer Sonart gehaltene Aufforderung der Entente zu überbringen, nicht weiter vorzugehen. Am Sonntag gegen Mittag erhielt aber Romanelli vom rumänischen Oberkommando die Mitteilung, es habe sich aus strategischen Gründen entschließen müssen, nun doch Budapest zu besetzen. Der Geschäftlichkeit des italienischen Offiziers gelang es, dieser Besetzung den Charakter eines feindseligen Aktes zu nehmen. Die Rumänen begnügten sich damit, zwei Regimenter in Vorortkasernen von Budapest unterzubringen, gewissermaßen als Einquartierung nach dem „Casus Reich“. Kriegsminister Saurbrieh, der Befehlshaber den roten Truppen von Budapest, die den rumänischen Truppen entgegengehen, hat mit ihnen verabredet, daß die rote Armee sofort demobilisiert und entwaffnet würde, daß in der Stadt nur 4000 Mann, im übrigen Ungarn nur 20 000 Mann roter Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung bleiben sollen. Dementsprechend beschloß der Ministerrat, den Demobilisierungsbefehl am heutigen Montag zu veröffentlichen. Gleichzeitig aber forderte die Regierung Peidl vom Oberleutnant Romanelli, daß die Entente 5000 Mann nach Budapest entsende. (Siehe Morgenausgabe der „Wolffschen Zeitung“ vom 4. August.)

Bei den Verhandlungen, welche die ungarischen Sozialdemokraten mit den Wiener Missionen geführt hatten, war von ihnen ausdrücklich abgelehnt worden, eine Besetzung Budapests hinzunehmen. Wenn sie selbst die Besetzung fordern, so geschieht dies nur zum Schutze gegen die Rumänen, von denen Brandstiftungen befürchtet werden. In dem Telegrammwechsel zwischen Clemenceau und Romanelli wurde von seiten der Ungarn die Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens gefordert. Die Rumänen werden erst hinter die Theiß und die im Waffenstillstandsvertrag bezeichnete Demarkationslinie zurückgehen müssen, wenn die „rote“ Demobilisierung durchgeführt ist. Ob aber die Entente in der Lage sein wird, die Gebietsräumung durch die rumänischen Truppen durchzuführen, ist noch sehr die Frage.

Der Chef der britischen Militärpolizei in Wien, Oberleutnant Cunningham, der bei den anschlussfeindlichen Industriellen Schüller und Girschwand in Reichmanau noch gestern weilte, hat gestern in Wien die unterbrochenen Verhandlungen mit den ungarischen Sozialdemokraten Böhm und Welner fortgesetzt. Man hält sich an die Abmachung, die schon am 27. Juli geschlossen wurde, und in der es u. a. heißt: Wenn Lebensmittel geliefert werden, die Blockade aufgehoben, der wirtschaftliche Wiederaufbau beginnen und Frieden sein soll, müsse das ungarische Volk durch eine tatsächlich repräsentative Regierung und nicht durch eine solche, deren Autorität auf dem Schreckenssystem beruht, vertreten sein. Es scheint, daß der Befehlshaber der alliierten Truppen von der ehelichen Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen überzeugt ist.

Entgegen einer früheren Meldung sind die Volksbeauftragten Bela Kun, Landner und Bago erst gestern mit der Franz-Josef-Bahn von Wien nach einem ihnen bestimmten Aufenthaltsort in Wiener Wald abgereist. Sie hatten die Nacht im Polizeigefängnis zugebracht, aber nicht als Häftlinge, sondern als „Gäste“.

Gestern (Sonntag) traf der frühere Kriegskommissar Josef Bogany, Prof. Barga sowie fünf andere Kommunisten in Wien ein. Auch sie verließen die Nacht über im Gefangenenhaus und werden heute nach dem Wiener-Wald Viertel abreisen. Die Nachricht, daß den Frauen der Volksbeauftragten an der Grenze für 1 1/2 Millionen Papiergeld abgenommen worden sei, werden als übertrieben erklärt.

Auf dem Wege zur Koalitionsregierung

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

kl Wien, 4. August.

Die Umwandlung der sozialdemokratischen Regierung in Ungarn in eine Koalitionsregierung wird schneller vorgenommen, als zu erwarten war. Bereits am heutigen Tage soll die neue Ministerliste bekanntgegeben werden, die eine Verteilung von Portefeuilles auch an Vertreter des Bauern- und Bürgerbundes aufweist. In der städtischen Vertretung Budapests sind bereits bürgerliche Demokraten eingesetzt. Der frühere Wiener Gesandte der Königin Karolyis, Franz Saret, wurde Budapests Vizegouverneur, Karl Diez wurde Stadthauptmann. Mit der Sozialdemokratischen Regierung, die ausschließlich aus Aristokraten besteht, werden keinerlei Verhandlungen geführt.

Budapest, 4. August.

Ungarisches Korrespondenzbüro.

Der Ministerrat beschloß gestern, daß die Ressortminister die Verordnungen der Räteregierung unverzüglich einer Revision unterziehen und bereits dem nächsten Ministerrat vorzulegen sollen, welche Verordnungen zu beseitigen sind, und wie der Rechtszustand vor dem 21. März wiederherzustellen ist. In erster Linie wird die Räte-Verordnung über die Sozialisierung der Häuser außer Kraft gesetzt werden.

Dutasta — Botschafter in Berlin?

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Verfaillés, 3. August.

Marcel Huin berichtet im „Echo de Paris“, als französischer Botschafter für Berlin sei der Generalsekretär der Friedenskonferenz und bisherige Botschafter in Bern, Paul Dutasta, auszuwählen.

Angesichts der nahen Beziehungen Dutastas zu Clemenceau — er soll dessen natürlicher Sohn sein — und der engen politischen Fühlung, die Dutasta als Generalsekretär der Friedenskonferenz hauptsächlich mit dem Ministerpräsidenten gehabt hat, wäre die Berufung dieses Mannes auf den Berliner Botschafterposten natürlich geeignet, in Deutschland einiges Aufsehen zu erregen. Es erscheint aber geraten, zunächst die Bestätigung der Meldung des Pariser Blattes abzuwarten. Dutasta gilt in vielen Pariser Kreisen tatsächlich als ein „starker Mann“ im Sinne Clemenceaus. Dieser schickte ihn im vorigen Jahre als Nachfolger des Botschafters Beau nach Bern mit der Mission, die Schweiz von ihrer neutralen Haltung abwendig zu machen. Dutasta entfaltete auf seiner Propagandareise durch die Schweiz großen Eifer, ohne jedoch sichtbare Erfolge zu erzielen.

Ernennung der preußischen Mitglieder des neuen Reichsrates.

In zuständiger Stelle erfahren die P. P. N.: Für den mit Annahme der Verfassung neuzubildenden und an die Stelle des bisherigen Staatsauschusses tretenden Reichsrat, in dem Preußen zunächst mit 24 Stimmen vertreten ist, wurden die zehn preußischen Minister, die stellvertretenden bisherigen Mitglieder des Staatsauschusses und weitere fünf Beamte des Handelsministeriums zu Mitgliedern ernannt.

Beginn der preußisch-polnischen Verhandlungen.

Wie die „P. P. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, werden die preußisch-polnischen Verhandlungen zur Regelung des Überganges der abzutretenden Gebiete und aller weiteren einschlägigen Fragen (Übernahme der Beamten usw.) am Mittwoch in Berlin beginnen.

Vor der Abtrennung in Schleswig

Von
Ernst Schröder, Habersleben.

Das ehemalige Mitglied des Deutschen Reichstages, der Abgeordnete Hans Peter Hansen, hat in Kopenhagen die Geschäfte seines Ministerpostens für die nord-schleswigschen Angelegenheiten übernommen. Und wenn die Parteien des dänischen Reichstages wegen dieser angeblich unerwarteten Ernennung einen kleinen Sturm im Wasserglase anrichteten — von rechtsstehender Seite wurde dem Ministerium vorgeworfen, daß man H. P. Hansen, der für liberal gilt, nur ober hauptsächlich zur Stärkung des radikalen Ministeriums habe gebraucht hätte —, so darf man getrost über diesen kleinen Streit im Ameisenhaufen zur Tagesordnung übergehen. In ganz Nord-Schleswig gibt es keinen politisch Interessierten, dem diese Ernennung irgendwie überraschend gekommen ist. Denn H. P. Hansen war seit vielen Jahren der Führer des Dänentums in Nord-Schleswig, sein politischer Lebenslauf zeigt eine Linie, die — bei der jetzigen Lage der Dinge — als Abschluß den Ministerposten bringen mußte. H. P. Hansen stammt aus einer weitverzweigten nord-schleswigschen Familie; er hat seine Vorbildung auf der westdänischen Volkshochschule in Wlshov genossen und hielt sich studienhalber in Leipzig und Berlin auf. Man kann sagen, daß die großen Erfolge, die seine Lebenslinie aufweist, nicht zum kleinen Teil auf das Konto seiner gründlichen Kenntnis des deutschen Volkswirtschafts zurückzuführen sind. Im Jahre 1898 kam er nach Apennade und begann seine organisatorische Wirksamkeit im Dienste der dänischen Sache. Über darf bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß die unkonsequente Regierungsmethode auf deutscher Seite ihm keine Arbeit sehr erleichtert hat. Während der deutsche Abwehrkampf sich fast ausschließlich auf stamme behördliche Maßnahmen, denen bisweilen ein milder Kurs Platz machte, beschränkte, stand auf der anderen Seite eine dänische Front, deren Kämpfern von Jugend an ein leidenschaftliches Gefühl für die „Herzenssache“, für die Wiedervereinigung Nord-Schleswigs mit Dänemark eingeimpft wurde. Diese planmäßige Arbeit hat noch heute den Erfolg, daß man auf dänischer Seite eine Objektivität fast vollkommen vermisst. Und während man sich auf deutscher Seite fruchtlos auf den Boden des Nationalitätenprinzips zu stellen bemüht, arbeitet man auf dänischer Seite dauernd mit „historischen“ Argumenten. Man redet also dauernd an einander vorbei, wodurch die Lösung des Problems nicht nur erschwert, sondern fast zur Unmöglichkeit gemacht wird. Nicht etwa die in Paris beschlossene Lösung, sondern der Ausgleich im Denken der Bevölkerung. Wir sind von der vom Grafen Brockdorff-Rantzau erstrebten gerechten und vorbildlichen Lösung leider weiter entfernt, als man allgemein annimmt.

Es ist daher für H. P. Hansen eine keineswegs beneidenswerte Aufgabe, schon die Strömungen im dänischen Lager unter einen Hut zu bringen. Er hat denn auch von seinem ersten Grundzuge, Nord-Schleswig nur bis zur sog. Clausenlinie (nördlich Flensburg) einzubeziehen, abzuweichen müssen und hat in der letzten Versammlung des dänischen Wählervereins in Apennade (am 4. Juli), der er trotz seiner Ernennung zum Minister bewohnte, ausgeführt, daß man mit der Einverleibung auch der Stadt Flensburg rechnen. H. P. Hansen zeigt sich hier als der große Kompromittler, der es um des Erfolges willen mit keinem Quiffier verderben will. Der trägt dieses Schwanken nach rechts Keime einer umgekehrten Lösung des nord-schleswigschen Problems in sich, was auch auf der genannten Versammlung des Wählervereins deutlich zutage getreten ist. Denn eng mit diesen Dingen verbunden ist die Frage der Stellungnahme Nord-Schleswigs nach der Abtretung zur inneren dänischen Politik. In Ihrem Eintreten in das dänische Ministerium werde ich keinen parlamentarischen Anschluß an das Ministerium und die Politik der radikalen Linken erblicken. Sie werden in politischer Hinsicht vollkommen freigestellt sein; das wünsche ich ausdrücklich in demselben Augenblick zu sagen, wo ich mich an Sie um Eintritt in das Ministerium wende.“ So schreibt der Ministerpräsident Kahle an H. P. Hansen in dem Brief, der die Ernennung zum Minister brachte. Nord-Schleswig wird in der inneren Politik in späterer Zeit eine nicht geringe Rolle spielen. Und es scheint schon heute als Selbstverständlichkeit, daß die deutsche Minderheit ihre Kraft dem radikalen Ministerium zuwenden wird — vorausgesetzt, daß es auf dänischer Seite gewünscht wird, woran kein Zweifel ist.

So weit sind wir aber noch nicht. H. P. Hansen ist ein liberaler Politiker, der weit blickt. Er hat mehr als einmal angedeutet, daß man nach der Einverleibung Nord-Schleswigs in Dänemark nicht die Fehler begehen will, die einst die preußische Verwaltungsmethode der Inkonsequenz beging. Und wenn nicht alles kündigt, wird er, der ein Kenner des nord-schleswigschen Volkstypus ist, versuchen, die Gegensätze unter selbstverständlicher Betonung des Dänenregiments abzumildern. Dabei wird er der Unterstützung weiterer deutschgesinnter Kreise gewiß sein. Das Deutschstum besonders in den nördlichen Gebieten wird sich loyal in den Rahmen fügen müssen, der gegeben ist. Und wenn dieser Wille der Anpassung — unter selbstverständlicher Pflege deutscher Art und Kultur — eine Beeinträchtigung erleiden muß,